

EINREICHUNG REFERENDUM AHV 21 AM 25. MÄRZ 2022

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

150'000 Unterschriften für die AHV

Am Ende seines Lebens sagte mein Grossvater einmal mit Blick auf die Reden der bürgerlichen Politiker: «Mit diesen Leuten wäre es nicht mehr möglich, die AHV einzuführen, wenn es sie nicht gäbe.» Er war Bauer, Gewerkschafter – und BGB-Abgeordneter. Seine Bemerkung war aufschlussreich. Sie zeigt, wie sehr die parlamentarische Rechte heutzutage die Verpflichtungen und die Versprechen bricht, welche der Bevölkerung in der Vergangenheit gemacht wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lautete das Versprechen: Altersarmut beenden und am Ende eines Arbeitslebens einen würdigen Ruhestand zu ermöglichen. In neun Revisionen über fast drei Jahrzehnte hinweg haben die bürgerlichen Parteien in Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften die AHV ständig ausgebaut. Sie kannten die demografischen Prognosen, waren aber der Meinung, dass die Schweiz genug Geld habe, um die Renten zu erhöhen. Und genau so kam es dann auch. Mehr als 70 Jahre später schreibt die AHV Gewinne von mehr als 2 Milliarden und ihr Vermögen beträgt mehr als 40 Milliarden Franken.

Nun haben sich die Bürgerlichen zusammengeschlossen, um die Leistungen in der AHV zu senken, nachdem sie zugelassen haben, dass die Renten auch in der zweiten Säule massiv gesunken sind. Der erste Schritt richtet sich gegen die Frauen, und ab nächstem Jahr geht es darum, Frauen und Männern eine weitere Verschlechterung aufzuzwingen, indem das Renteneintrittsalter auf 66 Jahre angehoben wird und dann darüber hinaus.

Die Frage der Renten ist für die gesamte Gesellschaft relevant. Es geht um Solidarität zwischen Generationen und zwischen sozialen Schichten. In den letzten Jahrzehnten haben sich zwei Dinge grundlegend verändert: Es braucht zwei Einkommen in einem Haushalt, um über die Runden zu kommen. Und für die Grosseltern ist das Pensionsalter nicht mehr nur eine Zeit der Erholung, sondern auch eine Ressource für junge Familien, denen es an Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlt.

Eine Erhöhung des Rentenalters bedeutet, dass diese gegenseitige Unterstützung geschwächt wird.

2019 haben die Frauen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und endlich Gleichstellung in der Arbeitswelt, angefangen beim Lohn, gefordert. Nach dieser beispiellosen Mobilisierung jetzt das Rentenalter für Frauen zu erhöhen und 800 Millionen auf ihrem Rücken einzusparen ist eine unerträgliche Ungerechtigkeit.

Und von einer Erhöhung der Rente für all jene zu sprechen, die zwischen 40 und 50 Jahre ihres Lebens gearbeitet haben, während die Ausschüttungsreserve der Nationalbank 106 Milliarden Franken beträgt, ist einfach unanständig.

In diesem Kampf, der jetzt beginnt und mehrere Jahre dauern wird, wissen wir, dass wir es mit hartnäckigen Gegnern zu tun haben werden. An vorderster Front stehen die Banken und Versicherungen, die die AHV schwächen wollen, um ihre lukrativen Produkte in der dritten Säule verkaufen zu können. Kaum 10 Prozent der Bevölkerung können sich den maximalen Beitrag zur dritten Säule leisten. Das hat die Bürgerlichen nicht daran gehindert, in der letzten Sitzung des Nationalrats eine Motion für eine substantielle Erhöhung des Steuerfreibetrags anzunehmen. Diese Massnahme wird den Staatshaushalt wahrscheinlich mehr kosten als die Einsparungen auf dem Rücken der Frauen in der AHV. Das stört die Elite der rechten Parteien jedoch nicht, solange Topverdienende und die Banken- und Versicherungsbranche profitieren.

Wir wissen also, dass es ein harter Kampf sein wird. Aber es geht um die Identität unseres Landes und um den Respekt für alle Arbeitnehmenden. Wir werden diesen Kampf deshalb mit Entschlossenheit führen. Und die 150'000 Unterschriften die wir heute einreichen zeigen, dass wir bei weitem nicht allein sind.